

# Bildung ist Ländersache – und das ist schlecht so!

**D**er Föderalismus im Schulwesen führt zu chaotischen Zuständen, behindert wirklichen Fortschritt und sorgt für Ungerechtigkeit.

Jüngst haben Hamburger Schüler bei den Probeklausuren zum bundesweit einheitlichen Mathematik-Abitur bemerkenswert schlecht abgeschnitten. Die Lösung des Bildungssenators: Er ließ die Noten um einen ganzen Punkt anheben, auf dass das Hamburger Abitur endlich auf Bundesniveau komme. Diese Meldung vom Januar wirft ein Schlaglicht auf das Elend des deutschen Schulwesens, das im Prokrustesbett des Bildungsföderalismus hoffnungslos feststeckt. Welchen Wert hat ein bundesweites Zentralabitur, wenn einzelne Länder es per Notenkosmetik aushebeln können? Wie mögen sich Hamburger Gymnasiasten fühlen, die sich um ein gutes fachliches Leistungsniveau betrogen sehen? Was meinen ihre Kollegen etwa in Bayern, die bei deutlich höherer Kompetenz mit derselben Note bedient werden?

Eines zur Klarheit vorab: Das hohe Gut des Föderalismus, wie er in Artikel 20 GG als Staatsstrukturprinzip verankert ist, soll hier nicht pauschal in Frage gestellt werden. Art. 30 GG betont die Eigenstaatlichkeit der Länder und ermöglicht unterschiedliche Formen und Wege der politischen Aufgabenerfüllung. Regelungen und Entscheidungen sollen orts- und bürgernah und damit auch sachgerecht getroffen werden können. Die Länder begeben sich in einen konstruktiven Wettbewerb um gute Lösungen, als kleinere Einheiten können sie sich beweglich reformieren. Vertikale Gewaltenteilung ist unverzichtbar.

## Föderale Freiheit nur in Verantwortung für den Gesamtstaat

Aber: Das gleiche Grundgesetz begrenzt auch den Einfluss der Landespolitik, indem es die Wahrung der Rechtseinheit, die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und die Sicherung der Mobilität im Bund fordert. Der föderalen Freiheit entspricht eine föderale Verantwortung für den Gesamtstaat. Die aber wird von den Ländern in der Schulpolitik weithin verweigert.

Das von je her prekäre Verhältnis zwischen den Bund- und den Länderkompetenzen sollte mit der Föderalismusreform des Jahres 2006 stabilisiert werden. Die Bildung zeigte sich als harter Zankapfel. Im Ergebnis errangen die Länder hier nach tagelangem basarmäßigen Geben und Nehmen die alleinige Gestaltungsmacht. Zwischen den Kontrahenten wurde ein „Kooperationsverbot“ verhängt - das Wort sagt viel über den Geist dieses Handels, der nicht sachgerechten Überlegungen gehorchte, sondern einer Waagschalen-Arithmetik der vielen Zuständigkeiten. Sofort wurde von fachlicher Seite – die Landespolitiker ausgenommen – vor den fatalen Auswirkungen dieser Reform gewarnt. Die Chance war vertan, gemeinsam mit dem Bund übergreifende Antworten auf bildungspolitische Fundamentalfragen zu geben: Wie stellt man in Deutschland gleiche Bildungschancen her? Wie beseitigt man die soziale Schieflage des Systems? Wie sichert man eine auskömmliche Finanzierung und Ausstattung der Schulen solidarisch über die

Reich-Arm-Grenzen der Länder hinweg? Wie schafft man die nationale und internationale Anschlussfähigkeit der Systeme? Wie – neuerdings – integriert man die Kinder der Flüchtlinge in die Schulen? Diese und andere Felder brauchen dringend den planenden, koordinierenden und finanzierenden Arm des Bundes. Die Länder als einzelne zeigen sich hier regelmäßig überfordert, sie produzieren meist Stückwerk.

Bilanz: Wir haben 16 Bildungsministerien, 16 Schulgesetze, Tausende verschiedener Lehrpläne, Dutzende verschiedener Schulformen, eine unterschiedliche Lehrerbildung und Schuldauer, verschiedene Übergänge von der Grundschule - mit allen dazugehörigen bürokratischen und finanziellen Ressourcen. Die Mobilität der Menschen zwischen den Ländern ist stark behindert. Ein deutliches Gefälle bei den Leistungsanforderungen und -beurteilungen wie bei den Zugangsvoraussetzungen verteilt die Lebenschancen der Kinder und Jugendliche auf eklatant ungerechte Weise. Das Strukturchaos an den Schulen ist inzwischen ein echter ökonomischer Standortnachteil Deutschlands.

## Der Wettbewerb zwischen den Ländern ist abgesagt.

Und der viel beschworene Wettbewerb - findet nicht statt. Es gibt kaum institutionalisierten Austausch. Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung verschwand 2007. Die Kultusministerkonferenz (KMK) ist ein annähernd wirkungsloses Bürokratiemonster. Soll eine KMK-Regelung gelten, dann müssen 16 Länder zustimmen. Schulpolitische Entscheidungen folgen - im Dauerkampfbetrieb und in jeder Wahlperiode aufs Neue – parteipolitisch motivierten, abgrenzenden Handlungsstrategien, nicht etwa einer konsensorientierten Sachlogik. Im „Wettbewerb“ wird gemogelt und verheimlicht, Statistiken werden in Schubladen versteckt oder frisiert, Gefälligkeitsgutachten bestellt, Vergleichbarkeit behindert. Die Leistungsunterschiede zwischen den Ländern, teilweise in ganzen Schuljahren zu messen, werden gerne unter den Tisch gekehrt.

Einstweilen hat die Gartenzaumentalität der Bundesländer gesiegt. Wann endlich geben die Landespolitiker zu, auf dem Irrweg zu sein! Wir brauchen einen kooperativen, solidarischen Föderalismus im Bildungsbereich, einen einheitlichen Regelungsrahmen, eine von Bund und Ländern gemeinsam getragene Finanzierung, übergreifende Standards für Einschulung, Schulwechsel, Lehrerbildung und -versorgung, Schuldauer, Abschlüsse und Prüfungsniveaus; im Übrigen möglichst viel Freiheit für die Einzelschulen, die von den Ländern unterstützt und beraten werden. Wenn das nicht gelingt, wird Deutschland bald in seinem bildungsstrukturellen Duodezwesen versunken sein.

### Hinweis zum Autor:

**Dr. Hartmut Ferenschild**

ist Leiter von INTERNATE.de, einer Initiative der Schule Schloss Salem.